



Haushalts- und Finanzausschuss

19. Sitzung (öffentlich)

30. März 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

11:00 Uhr bis 13:25 Uhr

Vorsitz: Anke Brunn (SPD)

Protokollerstellung: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 und Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsstrukturgesetz 2006)

1

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 14/1000 und 14/1500 (erste Ergänzung)

a) Auswertung der öffentlichen Anhörung

Stellungnahmen 14/189, 14/205, 14/209, 14/211, 14/225, 14/230, 14/232 bis 14/236, 14/238 bis 14/242, 14/250, 14/251, 14/257 bis 14/259, 14/262, 14/266, 14/271 und 14/272

Ausschussprotokoll 14/153

Der Ausschuss debattiert über die Ergebnisse der Anhörung.

b) Beratung der ersten Ergänzungsvorlage

9

Drucksache 14/1500

Eine Aussprache erfolgt nicht.

c) Beratung über die Landesbetriebe und den BLB in Verbindung mit den Jahresabschlüssen 2004 9

Vorlagen 14/74 bis 14/82 und 14/174

Der Ausschuss erörtert Einzelfragen zu folgenden Landesbetrieben:

Landesvermessungsamt NRW 10

Landesbetrieb Mess- und Eichwesen NRW 10

Landesbetrieb Geologischer Dienst NRW 11

Materialprüfungsamt NRW 11

Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW 12

Landesbetrieb Straßenbau NRW 14

d) Zweiter Beratungsdurchgang aller Einzelpläne - in Verbindung mit der Auswertung der Berichterstattergespräche 15

Vorlagen 14/321 bis 14/336 - Ergebnisvermerke der Berichterstattergespräche

Vorlagen 14/305, 14/317, 14/359, 14/361 und 14/364

Der Ausschuss erörtert eine Frage zum Einzelplan 13. Im Übrigen wird auf eine Einzelberatung heute verzichtet.

2 Nordrhein-Westfalen erhält das modernste Bildungssystem Deutschlands - Novellierung des Schulgesetzes unverzichtbar 16

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP
Drucksache 14/1024

In Verbindung damit:

Den Weg frei machen für ein wirklich modernes und international anschlussfähiges Schulsystem in NRW - das Eckpunktepapier der Landesregierung unverzüglich zurückziehen!

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1031

Der Ausschuss **empfiehlt** ohne Diskussion mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, dem **Antrag** der Fraktionen der CDU und der FDP **Drucksache 14/1024 zuzustimmen.**

Mit demselben Stimmenverhältnis empfiehlt er, den **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1031 abzulehnen**.

3 Gesetz zur Änderung des Zweiten Gesetzes über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen für das Land Nordrhein-Westfalen (2. AFWoG NRW) 17

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD
Drucksache 14/706

In Verbindung damit:

Gesetz zur Änderung des Fehlbelegungsrechts für das Land Nordrhein-Westfalen - Fehlbelegungsrechtsänderungsgesetz - (FehlÄndG NRW)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/795

Ausschussprotokoll 14/127

Nach kurzer Aussprache **empfiehlt** der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der FDP und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD, den **Gesetzentwurf** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/706 abzulehnen**.

Mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen **empfiehlt** er, den **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 14/795 anzunehmen**.

4 Verschiedenes 18

Aus der Diskussion

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 und Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsstrukturgesetz 2006)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 14/1000 und 14/1500 (erste Ergänzung)

a) **Auswertung der öffentlichen Anhörung**

Stellungnahmen 14/189, 14/205, 14/209, 14/211, 14/225, 14/230, 14/232 bis 14/236, 14/238 bis 14/242, 14/250, 14/251, 14/257 bis 14/259, 14/262, 14/266, 14/271 und 14/272

Ausschussprotokoll 14/153

Rüdiger Sagel (GRÜNE) erinnert daran, dass nicht nur im Haushalts- und Finanzausschuss, sondern auch im Unterausschuss „Personal“ eine Anhörung stattgefunden habe. Sein Fazit sei, dass dort zu allen Bereichen des Haushaltsentwurfs 2006 massive Kritik geübt worden sei. Lediglich das RWI habe einige der Kürzungsmaßnahmen begrüßt; auf der anderen Seite habe das RWI aber deutlich gemacht, dass sich das, was bundespolitisch durch die Mehrwertsteuererhöhung drohe, wirtschaftspolitisch negativ auswirken werde.

Insbesondere im Kinder- und Jugendbereich, sowohl was den Landesjugendplan als auch was die Kindertagesstätten angehe, sei heftig kritisiert worden, dass die jetzige Regierung das, was sie als damalige Opposition im letzten Wahlkampf versprochen habe, nicht halte. Interessanterweise sei auch von kommunalen Vertretern darauf hingewiesen worden, dass man beim Haushalt nicht nur die Sparsseite sehen dürfe, sondern auch die Einnahmenseite beachten müsse. Damit sollte man sich noch einmal auseinandersetzen. Aus Sicht der Grünen werde es nicht möglich sein, den Landeshaushalt mit einer reinen Sparpolitik zu konsolidieren, sondern man müsse auch für eine Stärkung der Einnahmen sorgen. In dem Zusammenhang sei das, was im Hinblick auf die Finanzprüfer geplant sei, für den Haushalt sehr abträglich.

Letzteres wolle seine Fraktion in ihrem alternativen Haushaltsentwurf aufgreifen. Seines Erachtens sei es möglich, einen sozial gerechten Haushalt aufzustellen, der zugleich seriöser und solider sei als der Haushaltsentwurf der Landesregierung. Er dürfe auch daran erinnern, dass im Regierungsentwurf nicht nur einseitig gespart werde, sondern an einigen Stellen, zum Beispiel bei der Landwirtschaftskammer und beim Flughafen- ausbau, durchaus Aufstockungen vorgenommen würden. Es sei notwendig, diese Punkte sehr kritisch zu diskutieren.

Die Fraktion der Grünen werde sich insbesondere dafür einsetzen, dass eine Rücknahme der im Kinder- und Jugendbereich vorgesehenen Kürzungen erfolge. Wenn Herr Rüttgers das „Jahr des Kindes“ herausstelle, auf der anderen Seite aber massive Kürzungen in dem Bereich vornehme, sei das kontraproduktiv.

Hans-Willi Körfges (SPD) stellt fest, er sei fast überrascht darüber gewesen, wie einhellig die Kritik am Haushaltsentwurf der Landesregierung ausgefallen sei. Insbesondere die Kritik an den Auswirkungen des Haushalts auf die Situation der Kommunen sei von einer Deutlichkeit gewesen, wie er sie bislang noch nie erlebt habe. Für die an der Anhörung Beteiligten sei es mit Sicherheit sehr unbefriedigend, dass bislang seitens der Regierung und der Regierungsfractionen keinerlei Reflex auf die Ergebnisse der Anhörung erkennbar sei.

Für **Volkmar Klein (CDU)** ist es nicht überraschend, dass diejenigen, die Einschränkungen hinzunehmen hätten, den Haushalt nicht mit Freude kommentierten. Das habe niemand erwarten können. Vielleicht sei es aber genau das Problem, dass das Land viel zu lange versucht habe, es allen recht zu machen. Gerade deshalb gehe es dem Land schlechter, und die Generationengerechtigkeit, die in Sonntagsreden immer wieder beschworen werde, komme zu kurz.

Für ihn sei ein ganz entscheidendes Ergebnis der Anhörung, dass an vielen Stellen deutlich gemacht worden sei, dass der Haushaltsentwurf trotz der Einschränkungen insgesamt einen notwendigen Beitrag zur Konsolidierung leiste, damit es künftig wieder generationengerechter zugehe, dass künftigen Generationen nicht mehr Schulden als Vermögen übergeben werde und man Geld frei bekomme, um es an wirklich wichtigen Stellen einzusetzen. Auf den Gebieten Kinder, Jugend und Schule seien Defizite auszugleichen, und deshalb stelle der Haushalt dafür auch mehr Geld zur Verfügung.

Im Übrigen habe er in der Anhörung viel Lob dafür vernommen, dass die Landesregierung mit dem Haushaltsentwurf anders verfahren sei als die Vorgängerregierungen, indem sie nämlich keine vagen Einnahmen und keine erhofften, aber unsicheren Steuererhöhungen eingesetzt habe, sondern so arbeite, wie man es von einem vorsichtigen Kaufmann erwarte.

Nach seinem Eindruck könne man für die weiteren Beratungen als Ergebnis der Anhörung mitnehmen: Alle müssten ein gewisses Päckchen trage, aber im Sinne der Gesamtverantwortung sei das der richtige Weg, wenn man das Land wieder nach vorne bringen wolle. Diesen Anforderungen entspreche der Haushaltsentwurf. Deshalb werde der Landtag im Mai guten Gewissens einen Haushalt auf der Basis dieses Entwurfs beschließen können.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) scheint, dass Herr Klein die Wirklichkeit nicht richtig wahrnehme. Wer den Ansatz für die Landwirtschaftskammer erhöhe, obwohl er sich - das gelte insbesondere für die FDP - den Bürokratieabbau zum Ziel gesetzt habe, zugleich aber die angekündigten Aufstockungen für die Kindertagesstätten und den Landesjugendplan nicht vornehme, könne nicht mehr ernst genommen werden. Mittlerweile gebe es Kritik daran nicht nur aus den Oppositionsparteien und aus der Bevölkerung, sondern auch aus den eigenen Reihen; denn in Städten, in denen CDU und FDP die Mehrheit hätten, beispielsweise Münster, werde auch von den Fraktionen der CDU und der FDP in Resolutionen gefordert, die Kinder- und Jugendförderung zu betreiben, die im Wahlkampf versprochen worden sei.

Wenn Herr Klein von Generationengerechtigkeit spreche, wirke das lächerlich, wenn man sich die mittelfristige Finanzplanung ansehe. Der Schuldenstand solle danach bis 2009 auf 132,6 Milliarden € ansteigen. Es würden also keineswegs die Schulden abgesenkt, sondern es werde nur alles ein bisschen anders verteilt. Generationengerechtigkeit erfordere aber, ernsthaft auf die Einnahmenseite zu schauen und auf der anderen Seite den Abbau der größten Subventionen im Landeshaushalt, nämlich für die Steinkohle und für die Landwirtschaft, ernsthaft anzugehen. Einen solchen Bürokratiemoloch wie die Landwirtschaftskammer noch mehr zu fördern, sei völlig abwegig und habe alles andere als Generationengerechtigkeit zur Grundlage.

Für **Gisela Walsken (SPD)** hat der Haushaltsentwurf in der Anhörung eine Riesenablehnung erfahren. Auch angesichts dessen, was in den Fachausschüssen geschehe, müsste sich die Regierung eigentlich überlegen, ob sie nicht an dem einen oder anderen Punkt umsteuern müsse.

In der Anhörung sei jedenfalls klar geworden, dass der Haushalt 2006 kein Sparhaushalt sei, sondern dass er wachse. Charakteristikum für diesen Haushalt sei die Umschichtung zulasten der Kleinen. Das Vorhaben, bei denjenigen, die die größten Lasten zu tragen hätten, nämlich bei Kindern und Jugendlichen, flächendeckend zu sparen, werde nachhaltig abgelehnt. Sie vermöge nicht zu erkennen, dass die Regierung für ihre Kinder- und Jugendpolitik, aber auch ihre Lehrereinstellungspolitik irgendwo Zustimmung erfahren habe.

Die SPD-Fraktion nehme aus der Anhörung mit, dass es sinnvoll sei, die Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich und dort, wo soziale Netze wegzubrechen drohten, zurückzunehmen. Dabei sei die SPD-Fraktion überzeugt, dass es möglich sei, für die Rücknahme dieser Kürzungen Deckungsmöglichkeiten zu finden.

Die Beiträge des RWI, aber auch des Bundes der Steuerzahler zu den Themen Nachhaltigkeit und Schuldenabbau hätten deutlich gemacht, wie notwendig es sei, in den Schuldenabbau einzusteigen. Die SPD-Fraktion werde deshalb einen Vorschlag machen, wie es gelingen könne, einen ersten Schritt zu tun und die Nettokreditemächtigung zurückzufahren. Das entspreche auch der Linie der Regierungen der SPD und der Grünen, die immer nur die Nettokreditemächtigung erhöht hätten, um zurückgehende Steuereinnahmen auszugleichen, aber nicht, um Betriebe zu entschulden oder politische Spielräume zu schaffen.

Diejenigen, die von Kürzungen betroffen seien, seien natürlich unzufrieden, bemerkt **Christian Weisbrich (CDU)**. Andererseits habe diese Regierung den Mut, nur das zu versprechen, was sie auch halten könne, und das sei in der Vergangenheit anders gewesen.

Ein eindrucksvolles Ergebnis der Anhörung sei für ihn, dass sowohl die Wissenschaft, nämlich das RWI, wie auch der Bund der Steuerzahler vorgetragen hätten, dass der Kurs der Landesregierung im Hinblick auf die Langzeitfolgen des Haushalts alternativlos sei. Das Kardinalproblem der Vergangenheit sei gewesen, dass dem Druck immer wieder nachgegeben und noch etwas draufgelegt worden sei. Irgendwann komme der Staat dann an einen Punkt, an dem nichts mehr gehe. Mittlerweile bestehe die Situati-

on, dass das Land mit den Zinsen, die es in einer Woche zahlen müsse, den Landesjunkturplan eines Jahres komplett dotieren könnte. SPD und Grüne wollten der künftigen Generation noch mehr aufbürden, und das mache die CDU-Fraktion nicht mit.

Volkmar Klein (CDU) entgegnet Herrn Sagel, er blende die Verantwortung dafür aus, dass die Verschuldung in den letzten zehn Jahren verdoppelt worden sei. Und es sei ein Spagat, wenn Frau Walsken fordere, Kürzungen zurückzunehmen, zugleich aber die Verschuldung kritisiere. Er verstehe ein bisschen, dass eine Opposition gleichzeitig beide Positionen vertrete; bei Licht betrachtet seien sie aber nicht vereinbar.

Er habe auch Verständnis dafür, dass seitens der Opposition die kritischen Stellungnahmen in der Anhörung herausgestellt würden. Es treffe ja auch zu, dass die Menschen Opfer bringen müssten. Die Anhörung aber auf diese Meldungen zu reduzieren, sei falsch. So habe das RWI in der Zusammenfassung seiner Stellungnahme deutlich unterstrichen, dass dieser Haushalt, aber auch die mittelfristige Finanzplanung eine Antwort auf die Zukunftsfragen des Landes seien. Man müsse die berechtigten Sorgen Einzelner natürlich ernst nehmen, aber aus der Gesamtverantwortung heraus dafür Sorge tragen, Generationengerechtigkeit hinzubekommen. Der Haushaltsentwurf sei eine schmerzliche, aber die richtige Antwort auf die Problemlage, und das habe die Anhörung bestätigt.

Wer die nach dem Regierungswechsel vorgefunden Zahlen betrachte, kann nach Meinung von **Winfried Schittges (CDU)** sagen, dass SPD und Grüne selbst verschuldet in der Opposition seien, denn sie hätten das Land ohne jede Perspektive gelassen. Es werde sicher schwer sein, einen dem Rechtsrahmen entsprechenden Haushalt in den nächsten Jahren aufzustellen. Er sei überzeugt, dass das nur mit radikalen Schnitten machbar sei. Eine gewisse Umschichtung tue Not; er sei überzeugt, dass die „Beratungsgesellschaft Nordrhein-Westfalen“ nicht mehr obsiegen werde. Es sei natürlich schwer, neue Ansätze zu definieren. SPD und Grüne hätten nicht den Mut gehabt, neue Ansätze nach draußen darzustellen, und deshalb seien sie abgewählt worden.

Richtig sei, in Sachen Bildung mehr zu tun, denn nur so werde man wieder etwas mehr Stabilität in die Gesellschaft hineinbekommen. - Über den einen oder anderen Haushaltsansatz sei auch er nicht glücklich. Andererseits habe er die hilflose Argumentation des DGB in der Anhörung in Erinnerung. Die CDU habe schon zu der Zeit des Finanzministers Schleußer gefordert, mehr Finanzbeamte einzustellen; aber angesichts der heutigen Probleme werde es schwierig sein, diese Idee umzusetzen. Im Übrigen würden die Prüfungsintervalle dann vor allem bei den mittelständischen Unternehmen verkürzt, die dazu beitragen, dass es auf dem Arbeitsmarkt nicht noch schlechter aussehe.

Angesichts dessen, was SPD und Grüne hinterlassen hätten, gebe es zu einer Umkehr bei der Neuverschuldung keine Alternative.

Harald Schartau (SPD) fragt die Landesregierung und die Regierungsfractionen, welche Bedeutung für sie solche Anhörungen wie die des Haushalts- und Finanzausschusses und des Unterausschusses „Personal“ hätten und ob daraus Konsequenzen gezogen würden, die dazu führten, den Haushaltsentwurf zu verändern.

Minister Dr. Helmut Linssen (FM) geht davon aus, dass die Anhörungen für die Landesregierung denselben Stellenwert einnehmen, den sie für die vorherige Landesregierung auch gehabt hätten. Er erinnere sich allerdings daran, dass damals ein verabredetes Spiel stattgefunden habe: Die Regierung legt Kürzungen vor, und dann können die Regierungsfaktionen noch gewisse Veränderungen vornehmen. - Er sei von Verbands- und Interessenvertretern gebeten worden, das nicht mehr so zu machen; denn es sei unsäglich, auf Versammlungen vorzutragen, dass an den Einschränkungen kein Weg vorbeigehe, wenn die Fraktionen dann doch wieder Veränderungen vornähmen. Die Menschen hätten inzwischen erkannt, dass es unsinnig sei, von einer Wohltat zu sprechen, wenn die Regierungsfaktionen beispielsweise eine 25-prozentige Kürzung auf 20 % zurückführten.

Jeden ernst gemeinten Vorschlag, der in einer Anhörung vorgetragen werde, untersuche die Landesregierung genau. Man könne aber wohl sagen, dass an dem von der Landesregierung eingeschlagenen Weg nichts vorbei führe.

Verglichen mit dem, was 2003 geschehen sei, seien die Proteste gegen die Kürzungen übrigens von mehr Verständnis geprägt gewesen. Das hänge seines Erachtens damit zusammen, dass CDU und FDP den Zustand des Landes nicht zu verantworten hätten und die neue Regierung deshalb die finanzielle Malaise auch ganz anders darlegen könnten. Der SPD und den Grünen sei es verständlicherweise schwer gefallen, einen solchen Offenbarungseid zu leisten. Die neue Landesregierung habe eine Schlussbilanz erstellt, alles offen und transparent dargelegt und mit der mittelfristigen Finanzplanung deutlich gemacht, dass ein Konsolidierungskurs durchgezogen werde, um endlich wieder einmal die Regelgrenze der Verfassung einzuhalten.

Er finde es schon erstaunlich, dass von den Oppositionsfaktionen versucht werde, divergierende Ziele zu bedienen. Zum einen werde gesagt, die Regierung spare nicht ausreichend; er erinnere nur an die Debatte über den Nachtragshaushalt im Oktober 2005. Seinerzeit sei aber nicht mehr möglich gewesen, als eine Haushaltssperre zu erlassen. Nun habe die Landesregierung mit dem Haushaltsentwurf 2006 den Konsolidierungsweg eingeleitet. - Zum anderen fordere Frau Walsken heute aber auch Ausgabenerhöhungen. Wahrscheinlich wolle die SPD ja dafür Tafelsilber verkaufen; er sei jedenfalls sehr gespannt, welche Deckungsvorschläge die SPD unterbreiten werde.

Die Anhörung im Haushalts- und Finanzausschuss sei aus seiner Sicht wie erwartet verlaufen. Was das RWI vorgetragen habe, sei für ihn erfreulich und zeige, dass die Regierung auf dem richtigen Weg sei.

Dass die Vertreter von Organisationen, die schlechter abschnitten als bisher, über den Haushalt nicht erfreut seien, sei selbstverständlich. In den meisten Fällen sagten sie, der Sparkurs sei richtig, und man könne die Jugend nicht mit noch mehr Schulden konfrontieren. Dann machten sie jedoch geltend, dass bei ihnen eine Ausnahme gemacht werden müsse, und dafür hätten sie auch vernünftige Gründe. Er respektiere das, aber man müsse sich entscheiden. Wenn man sich auf Konsolidierung verständigt habe, müsse man auch die andere Seite ertragen.

Er rate Herrn Sagel, sich einmal durchzulesen, was in der Koalitionsvereinbarung von 1995 über nachhaltige Finanzpolitik stehe. SPD und Grüne hätten das nicht umgesetzt; immerhin hätten sie aber 1995 verkündet, im Jahre 2000 einen ausgeglichenen Haus-

halt vorzulegen. Nach dem, was die heutigen Oppositionsfraktionen damals niedergeschrieben hätten, müsste man eigentlich von ihnen erwarten, dass sie den Kurs der heutigen Landesregierung unterstützten.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) betont noch einmal, der erste vollständige Haushalt, den die neue Landesregierung vorlege, nämlich der Haushalt 2006, trage nicht die Handschrift der Konsolidierung. Der Finanzminister könne der Opposition zwar die Sünden der Vergangenheit vorhalten - auch wenn es belegbare Gründe für die Neuverschuldung gegeben habe; denn bekanntlich seien die Steuereinnahmen dramatisch eingebrochen, und das Land habe in den Jahren 2001 und 2002 aufgrund der Beschlüsse von Bundestag und Bundesrat in großem Umfang gezahlte Steuern zurückzahlen müssen.

Die Fraktion der Grünen stelle sich der Notwendigkeit, bei der Konsolidierung voranzukommen. Was die Landesregierung vorlege, sei aber keine Konsolidierung. Das werde an der mittelfristigen Finanzplanung deutlich. Die Zinsausgaben sollten danach von 4,63 Milliarden € im Jahre 2006 auf 5,02 Milliarden € im Jahre 2009 ansteigen - und das bei den im Moment geltenden günstigen Zinssätzen. Der Schuldenstand des Landes solle sich sogar von 113,3 Milliarden € im Jahre 2006 auf 132,6 Milliarden € im Jahre 2009 erhöhen. Er vermute sogar, dass der Schuldenstand im Zeitpunkt der nächsten Landtagswahl bei 140 Milliarden € liegen werde. Und wenn die Zinssätze in den nächsten Jahren ansteigen sollten, werde die Landesregierung noch massivere Haushaltsprobleme bekommen. - Bei diesen Zahlen von Konsolidierung zu sprechen, sei eine Lachnummer.

Ganz wichtig sei es, auch die Einnahmenseite zu betrachten. Es drohe bereits die nächste Senkung der Unternehmenssteuern. Auf der anderen Seite solle allerdings die Mehrwertsteuer erhöht werden, was für die Wirtschaft sehr abträglich sei. Durch diese Steuerpolitik würden die kleinen Leute und gerade die jüngere Generation in vielfältiger Weise belastet; er erinnere nur an die Kürzungen bei den Studentenwerken und die Einführung von Studiengebühren.

Die Fraktion der Grünen wolle einen Haushaltsentwurf vorstellen, der eine geringere Nettoneuverschuldung als der Haushaltsentwurf der Regierung vorsehe. Dennoch würden die Zukunftsbereiche gefördert. Seine Fraktion wolle zum Beispiel nicht so viele Mittel in den Straßenausbau, sondern mehr Mittel in den Straßenerhalt stecken. Sie wolle ferner nicht die Konkurrenz von nahe beieinander liegenden Flughäfen subventionieren und auch nicht so hohe Subventionen für die Landwirtschaft und die Steinkohle zahlen, wohl aber auf die völlig unsinnigen Kürzungen beim Technologie- und Innovationsprogramm verzichten.

Gisela Walsken (SPD) meint, niemand glaube dem Finanzminister, wenn er von einem Sparhaushalt rede, denn der Haushalt wachse von den Zahlen her. Im Übrigen sei er ein Umverteilungshaushalt. Wenn man die überflüssigen Mittel für den Ausbau des Flughafens Münster/Osnabrück, für die Landwirtschaftskammer, für die Reiterstaffeln und für die Öffentlichkeitsarbeit in den Landesjugendplan stecke, gäbe es sofort Ruhe auf diesem Feld. Schließlich werde die Landesregierung ja mit Protesten aus den eige-

nen Ratsfraktionen konfrontiert, beispielsweise aus Oberhausen, Haltern, Rheine, Leverkusen, Dinslaken, Bad Salzuflen, Wuppertal, Gelsenkirchen und Mönchengladbach.

Das Problem sei dabei, dass die Regierung und die Regierungsfractionen immer wieder versuchten, dieses Problem den Oppositionsfractionen zuzuschieben. CDU und FDP seien jetzt in der Verantwortung. Da sei es peinlich zu sagen, die neue Landesregierung müsse das alles tun, weil die Vorgängerregierung schlecht gewirtschaftet habe. Nicht von ungefähr gebe es zurzeit so viel Widerstand gegen die Pläne der Landesregierung, auch wenn sie an die Anhörungen der Fachausschüsse zur Polizei usw. denke.

Ein Weiteres: Wenn einer der Vorgänger dieses Finanzministers im Haushalts- und Finanzausschuss gesagt hätte, Änderungsanträge seien Quatsch, wäre der Teufel los gewesen. Sie könne sich nur wundern, dass sich die CDU-Fraktion derart beschneiden lasse. Wenn der Hinweis des Finanzministers die Ankündigung gewesen sei, dass aus der CDU-Fraktion keine Änderungsanträge zum Haushalt gestellt würden, sei zu fragen, ob die CDU-Fraktion nicht eine Selbstverständnisdebatte brauche. Aber das sei ihre Angelegenheit.

Von der SPD-Fraktion werde jedenfalls ein Paket mit Änderungsanträgen vorgelegt werden, mit denen nennenswerte Umschichtungen vorgenommen würden und der Nachweis erbracht werde, dass trotzdem Schulden abgebaut werden könnten.

Hans-Willi Körfges (SPD) stellt fest, Herr Schittges habe in seinem Beitrag davon gesprochen, dass Umschichtung Not tue, und damit bestätigt, dass dieser Haushalt ein Umschichtungshaushalt sei. Die Polizeipferde und der Flughafen Münster/Osnabrück seien dafür interessante Beispiele.

Weiter habe Herr Schittges gesagt, Nordrhein-Westfalen müsse heraus aus der Beratungsgesellschaft. Tatsächlich stelle der Haushalt die komplette soziale Infrastruktur infrage. Wenn man beispielsweise beim Täter-Opfer-Ausgleich Ausgaben kürze, habe das nicht nur zwangsläufig Mehrausgaben in der Zukunft zur Folge, sondern es bedeute auch einen Schritt weg von dem gesellschaftlichen Konsens, der bisher in Nordrhein-Westfalen bestanden habe.

Des Weiteren habe Herr Schittges von einer hilflosen Argumentation des DGB gesprochen und die Anmerkungen zu verbesserten Möglichkeiten im Bereich der Steuerprüfung abgetan. Und wenn die Steuerehrlichkeit quasi als Betriebshindernis für den Mittelstand bezeichnet werde, sei das sicherlich eine andere Form politischer Schwerpunktsetzung, als es sie in der Vergangenheit gegeben habe.

Wenn dann noch der Finanzminister das abqualifiziere, was in der Vergangenheit seitens der Regierungsfractionen an Auswertung und Auseinandersetzung mit Anhörungen stattgefunden habe, und von einem verabredeten Spiel spreche, dann unterschätze er offensichtlich Amt, Funktion und Aufgaben gewählter Parlamentarier. Aber das Problem hätten sicherlich eher die Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion.

Christian Weisbrich (CDU) bemerkt gegenüber Herrn Sagel, wie sehr in der Vergangenheit die Einnahmenseite gepflegt worden sei, sehe man daran, dass zu der Zeit der Vorgängerregierung die Ausgaben dreimal schneller gestiegen seien als die Einnah-

men. Wer in der Wirtschaft so etwas mache, werde entlassen oder durch den Markt abgestraft.

Niemand bestreite, dass es auch 2006 eine Neuverschuldung gebe. Es komme aber auf die Tendenz an. Man könne den Karren doch nicht gegen die Wand fahren, sondern müsse langsam abbremsen und umsteuern.

Er könne nur empfehlen, das Gutachten der Hartmann-Kommission nachzulesen. Die Regierung habe ihre Konsequenzen daraus gezogen: Erstes Etappenziel sei, bis 2010 wieder die Verschuldungsgrenze der Verfassung zu erreichen. Die Verschuldungsgeschwindigkeit nehme also nicht mehr zu, sondern sinke deutlich. Zweites Etappenziel sei, bis 2015/16 einen Haushalt ohne jede neue Verschuldung zu haben.

Über Bundessteuern brauche man nicht zu diskutieren. Ihm passten Steuererhöhungen auch nicht, aber das Thema gehöre nicht in diese Diskussion hinein.

Was die Schaffung von Arbeitsplätzen durch staatliche Programme angehe, meine die CDU-Fraktion, dass Programme nicht mehr so dotiert werden könnten wie in der Vergangenheit. Arbeitsplätze schaffe man eher durch Rahmenbedingungen, die es den Menschen wieder erlaubten, eigene Entscheidungen zu treffen.

Wenn Herr Sagel das Stichwort Steinkohle anspreche, könne er nur zurückfragen, welche Regierung das Land denn in die jetzige Situation gebracht und die entsprechenden Verträge abgeschlossen habe. Auffassung der CDU-Fraktion sei, dass geltende Verträge eingehalten werden müssten. Danach werde man die Politik anders prägen als in der Vergangenheit.

Bezüglich der Reiterstaffeln dürfe er feststellen, dass eine politische Entscheidung getroffen worden sei, die mit der Einsatztaktik der Polizei zu tun habe.

Zum Flughafen Münster/Osnabrück dürfe er daran erinnern, dass es eine Entscheidung der rot-grünen Koalition gewesen sei, einen „Glaspalast“ im Eltingmühlenbachtal zu errichten, dessen Kosten dem Betreiber erstattet werden müssten. Die Grünen sollten darüber nicht lamentieren.

Der Redner entgegnet sodann Frau Walsken, der Finanzminister habe nicht gesagt, Änderungsanträge seien Quatsch. Der Minister habe wohl darauf hingewiesen, wie es in der Vergangenheit mit Änderungsanträgen abgelaufen sei. Schon Finanzminister Schleißer habe gesagt, die Regierungsfaktionen brauchten 200 Millionen „Spielgeld“, davon mindestens 50 Millionen für die Grünen, und wenn diese damit ihre Netzwerke und Beratungseinrichtungen finanziell dotieren könnten, sei auf den Parteitag die Zustimmung zu Projekten wie Garzweiler II sicher. - Minister Linssen habe deutlich gesagt, dass das nicht so weiter gemacht werde, auch um bei den Verbandsvertretern die Glaubwürdigkeit nicht zu verlieren. Jetzt werde vorher überlegt, was gehe, und das werde in den Haushaltsentwurf eingestellt. Es möge durchaus kleinere Umschichtungen in den Haushaltsberatungen geben, aber das Ausgabevolumen werde nicht erhöht.

Umschichtungen erfolgten im Übrigen insofern, als bei den Zuwendungen aus dem Haushalt im Schnitt 20 % eingespart würden. Nur im Bereich Bildung würden 360 Millionen € draufgelegt, und darauf sei seine Fraktion stolz.

Volkmar Klein (CDU) findet es „rührend“, wie sich Herr Körfges und Frau Walsken um das Selbstverständnis der CDU-Fraktion kümmern. Er könne versichern, dass die CDU-Fraktion ihr Selbstbewusstsein nicht an der Zahl der Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf, sondern daran messe, ob es gelinge, einen anderen Politikstil gemeinsam mit der Landesregierung durchzusetzen.

Er sei gespannt auf die Vorschläge der Oppositionsfraktionen in ihren Änderungsanträgen. In der Vergangenheit sei es das Schlimme gewesen, dass nicht nur Fraktionen, sondern auch die Regierung mit so etwas wie „Jäger 90“ operiert habe. Dadurch, dass der Verkauf der LEG in den Haushaltsentwurf hineingeschrieben worden sei, sei Vertrauen in die Haushaltsführung verspielt worden.

Den Beitrag von Herrn Weisbrich bezeichnet **Rüdiger Sagel (GRÜNE)** als „Märchenstunde“. Nur dies wolle er dazu anmerken: Dass die Zuwendungen um 20 % gekürzt worden seien, treffe so nicht zu. Bei manchen Positionen sei deutlich mehr gekürzt worden, manche seien auf Null gesetzt worden, und auf der anderen Seite gebe es Aufstocungen.

Er sei sehr gespannt, ob die Regierungsfaktionen noch Änderungen am Haushaltsentwurf vornähmen. Was Herr Linssen von sich gegeben habe, sei ein Zeugnis der Ignoranz gegenüber den Fraktionen. Die Fraktion der Grünen habe in der rot-grünen Regierungszeit immer darauf bestanden, ernst genommen zu werden und auch Änderungen vornehmen zu können.

Die CDU sollte im Übrigen nicht so reden, als habe sie mit Berlin nichts zu tun. Die Landesregierung habe über alles, was aus Berlin komme, im Bundesrat mit zu entscheiden. Die Steuerpolitik werde nun einmal in Berlin gemacht, aber das Land habe die Auswirkungen zu tragen. Deshalb sei er sehr gespannt, wie sich die Landesregierung im Bundesrat verhalten werde.

b) Beratung der ersten Ergänzungsvorlage

Drucksache 14/1500

Minister Dr. Helmut Linssen (FM) trägt vor, die vorgelegte erste Ergänzung sei seines Erachtens so überschaubar, dass er keine weiteren Ausführungen machen müsse, sondern sogleich Fragen beantworten könne. - Aus dem **Ausschuss** werden keine Fragen dazu gestellt.

c) Beratung über die Landesbetriebe und den BLB in Verbindung mit den Jahresabschlüssen 2004

Vorlagen 14/74 bis 14/82 und 14/174

Vorsitzende Anke Brunn dankt zunächst den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Gutachterdienstes für die gelieferten umfangreichen Materialien. Sie ruft sodann die

Landesbetriebe einzeln zur Beratung auf. Zu den folgenden Einzelpunkten ergeben sich Wortmeldungen.

Landesvermessungsamt NRW

Vorlage 14/74

Vorsitzende Anke Brunn stellt fest, der Gutachterdienst habe auf einen Wegfall von Ausbildungsplätzen im Landesvermessungsamt aufmerksam gemacht, und erkundigt sich nach dem Stand.

MR German Faber (IM) legt dar, das Landesvermessungsamt habe bis zum Jahresende sieben Stellen nicht mehr besetzen können, vor allem deshalb, weil dort der Druckbereich abgebaut werde. Diese Stellen seien dann nach Kapitel 03 020 umgesetzt worden, damit sie von anderen Einrichtungen noch besetzt werden könnten.

Landesbetrieb Mess- und Eichwesen NRW

Vorlage 14/76

Harald Schartau (SPD) hat den Unterlagen entnommen, dass infolge der europäischen Rechtslage davon auszugehen sei, dass Mess- und Prüfaufträge in Zukunft auch von privaten Dienstleistern erbracht werden könnten, was dazu führe, dass dem Landesbetrieb zunehmend nur noch die nicht lukrativen Aufgaben verblieben. Er wüsste gerne, welche Vorkehrungen in diesem Zusammenhang getroffen würden. Wenn beabsichtigt sei, lukrative Bereiche zu privatisieren, und das Personal nicht übergehen könne, frage sich doch, wie künftig mit diesem Landesbetrieb umgegangen werden solle.

MR Dr. Klaus Joppa (MWME) trägt vor, die Situation im deutschen Eichwesen sei davon beprägt, dass zwei Privatisierungsaktivitäten in Kürze anständen.

Die erste ergebe sich aus der europäischen Messgeräte-Richtlinie, die bis zum Ende Oktober dieses Jahres in nationales Recht umgesetzt werden müsse. Der Bund sei mit Hilfestellung der Länder zurzeit dabei, dieses Gesetz zu erarbeiten. Es werde die Auswirkung haben, dass die Hersteller von Messgeräten künftig die Ersteichung der Geräte selber vornehmen könnten, wenn folgende Voraussetzungen vorlägen: Erstens müssten die Hersteller ihre Qualifikation nachweisen, zweitens ein Konformitätsverfahren durchgeführt haben, und drittens müsse seitens der Landesbetriebe für Mess- und Eichwesen eine Aufsicht durchgeführt werden.

Für Nordrhein-Westfalen bedeute das, dass ab der Umsetzung der europäischen Messgeräte-Richtlinie, also ab 1. November 2006, 23 Stellen wegfallen könnten. Das könne aber nicht sofort geschehen, weil der Übergang schrittweise erfolgen werde; denn zum einen würden nicht alle Hersteller sofort dieses Verfahren wählen, und zum anderen werde die Nachfrage wahrscheinlich auch nicht 100 % betragen. Im Übrigen werde auch die Überwachungstätigkeit noch einen Teil des Personals binden.

Die zweite Privatisierungsaktivität sei die Folge davon, dass die Wirtschaftsministerkonferenz vor gut zwei Jahren beschlossen habe, künftig auch die Nacheichung, die nach der Ersteichung in gewissen zeitlichen Abständen zu erfolgen habe, auf Private übertragen werden könne. Je nachdem, wie dieses Angebot angenommen werde, werde es auch dadurch zu einer Freisetzung von Personal kommen. Allerdings erfordere auch dieses Verfahren, dass der Landesbetrieb seine Überwachungsfunktion in stärkerem Umfang als bisher wahrnehme.

Ursprünglich sei vorgesehen gewesen, mit diesem zweiten Privatisierungsschritt ebenfalls zum 1. November 2006 zu beginnen. Der auch bei dieser Aufgabe federführende Bund habe jedoch festgestellt, dass noch viele Probleme zu lösen seien, sodass dieser Zeitpunkt ein wenig hinausgeschoben werden müsse.

Wenn beide Privatisierungsschritte voll umgesetzt und ausgenutzt seien, werde das Eichwesen im Wesentlichen noch hoheitliche Aufgaben der Überwachung ausüben, die finanziell nicht attraktiv seien, weil sie keine Entgelte einbrächten. Die Gebühren für die technischen Prüfungen gingen dann an die privaten Anbieter und entfielen beim Landesbetrieb.

Landesbetrieb Geologischer Dienst NRW

Vorlage 14/81

Christian Möbius (CDU) fragt, warum der Ansatz bei Kapitel 08 130 Titel 518 04 - Mieten und Pachten an den BLB - im Jahre 2006 auf Null reduziert worden sei.

Die Mieten und Pachten sind nach Angaben von **RAng Lothar Wittenberg (MWME)** bislang im Ministerium abgewickelt worden. Mittlerweile würden sie vom Geologischen Dienst selbst bezahlt. Der Ansatz finde sich jetzt im Wirtschaftsplan 2006.

Materialprüfungsamt NRW

Vorlage 14/77

Harald Schartau (SPD) möchte zum einen wissen, warum sich der Ansatz bei den Erlösen im Jahre 2006 im Vergleich zu 2005 erheblich verringert habe. Zweitens habe er eine Passage im Haushaltsbegleitgesetz so verstanden, dass die Landesregierung beschlossen habe, sich in jedem Fall vom Materialprüfungsamt zu trennen - entweder durch Privatisierung oder durch Betriebsschließung mit der Option, das Personal landesweit zu verteilen. Er wüsste deshalb gern, ob die Landesregierung beabsichtige, das Amt in dieser Legislaturperiode aufzulösen.

MR Dr. Klaus Joppa (MWME) erklärt die Reduzierung der Umsatzerlöse damit, dass sich die Situation durch die bisherigen Aktivitäten des Amtes am Markt wie auch durch die Privatisierungsaktivitäten schlagartig verändert habe. Zum einen gingen durch die Konkurrenzsituation und zum anderen durch die europäische Harmonisierung Aufgaben verloren. In bestimmten Bereichen, wie im Bergbau und im Bausektor, seien die Aufträ-

ge deutlich zurückgegangen. Infolge der nicht mehr hundertprozentigen Kostendeckung würden auch die Erträge geringer. Dem trügen die Ansätze Rechnung. Es habe sich jedoch gezeigt, dass diese Situation noch teilweise durch Rationalisierungsmaßnahmen aufgefangen werden könne, die im Zusammenhang mit den Privatisierungsaktivitäten stünden.

Was die Privatisierung des Materialprüfungsamtes angehe, bestehe die Situation, dass der erste Versuch, das Amt zu verkaufen, nicht zu einem Erfolg geführt habe. Daraus habe man aber gelernt, was noch zu tun sei, um das Amt für den privaten Markt attraktiv zu machen. Dabei müsse er betonen, dass der Kostendeckungsgrad des Materialprüfungsamtes in den letzten Jahren immer zwischen 80 und 90 % gelegen habe, was im Vergleich zu anderen Bundesländern vorzeigbar sei. Nun sei aber vorgesehen, verzichtbare Aufgaben, die nicht kostendeckend seien, zu streichen und sozialverträglich Personal abzubauen, um ein interessantes und lebensfähiges Unternehmen am Markt anbieten zu können.

Harald Schartau (SPD) bemerkt, wenn man eine Privatisierung aus prinzipiellen Gründen betreibe, könne dabei herauskommen, dass man einen lukrativen Betrieb privatisiert habe, aber trotzdem auf Kosten sitzen bleibe, weil ein Teil des Personals übernommen und weiter bezahlt werden müsse. Die Deckungsbeiträge, die ein Landesbetrieb erbringe, müssten dagegen gehalten werden. Er könne allen Ausschussmitgliedern nur empfehlen, die weitere Entwicklung genau im Auge zu behalten.

Minister Dr. Helmut Linssen (FM) kann diesen Ausführungen zustimmen. Wenn bestimmte Aufgaben nicht mehr hoheitlich seien, sondern im Wettbewerb erledigt werden müssten, müsse man prüfen, ob man wettbewerbsmäßig gut aufgestellt sei oder ob es besser sei, ein solches Institut zu verkaufen. Im ersten Falle müsse man auch noch überlegen, ob es eine Kernaufgabe des Staates sei, die zur Daseinsvorsorge gehöre usw. - Man dürfe sich natürlich nicht mit ansehen, dass lukrative Teile privatisiert würden und man auf permanenten Kosten sitzen bleibe. Das gelte natürlich für die LEG genauso. Man müsse jedenfalls aufpassen, nicht in eine Situation zu geraten, wie sie Herr Schartau skizziert habe. Er gehe davon aus, dass die Wirtschaftsministerin mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darauf achte.

Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW

Vorlage 14/174

Gisela Walsken (SPD) fragt, wie der Stand der Überlegungen sei, erstens den Bereich der Universitäten möglicherweise wieder aus dem BLB herauszulösen und zweitens den BLB mit Teilen der LEG zu verschmelzen.

Minister Dr. Helmut Linssen (FM) antwortet auf die zweite Frage, bislang gebe es keine Verschmelzungsabsicht. Gegenwärtig lasse sich die Landesregierung von Sachverständigen zum Verkauf der LEG beraten. Dabei werde sich auch herausstellen, ob es

Teile gebe, die eventuell an den BLB überführt werden müssten. Die Frage sei bisher nicht geklärt.

Was die Universitäten angehe, habe er mit dem Kollegen Pinkwart vereinbart, hinsichtlich der Universität Köln und der Fachhochschule Rhein/Sieg einen Versuch zu starten, um zu sehen, wie es mit den Liegenschaften laufe. Weiter gehende Überlegungen gebe es bislang nicht.

Gisela Walsken (SPD) weist darauf hin, dass die Landesregierung mit dem zweiten Nachtragshaushalt 2005 eine groß angelegte Entschuldung des BLB betrieben habe. Jetzt solle der BLB eine Kreditermächtigung erhalten. Sie wüsste gerne, welcher unternehmenspolitische Sinneswandel dem zugrunde liege.

Wie Frau Walsken auf die Idee komme, dass dem ein Sinneswandel zugrunde liege, kann **Minister Dr. Helmut Linssen (FM)** nicht nachvollziehen. Die frühere Landesregierung habe festgelegt, dass der BLB Kreditermächtigungen bekomme. Sie seien auch notwendig, damit der BLB normal wirtschaftlich geführt werden könne. Über die Entschuldungsaktion des Vorjahres habe man oft genug gesprochen. Was dem vorausgegangen sei, gehöre ja wohl nicht zu den Ruhmestaten der früheren Landesregierung.

Gisela Walsken (SPD) stellt fest, zu der Entschuldungsaktion 2005 habe gehört, auch die Kreditermächtigung 2005 zurückzuführen. Der Minister habe auch davon gesprochen, dass die Kreditermächtigung an den BLB einen Schattenhaushalt darstelle. Angesichts dessen wüsste sie gerne, ob die Landesregierung denn nun diesen sogenannten Schattenhaushalt wieder einführen wolle und welchen Grund es für die Höhe der Kreditermächtigung gebe.

Minister Dr. Helmut Linssen (FM) entgegnet, er habe von Neben- und Schattenhaushalten gesprochen. Bei der BVG habe es sich um einen reinen Schattenhaushalt, beim BLB hingegen um einen Nebenhaushalt gehandelt.

Die Kreditermächtigung sei im Übrigen in derselben Höhe wie in den Vorjahren vorgesehen. Sie sei für das laufende Geschäft bestimmt und habe mit der Kapitalausstattung des BLB nichts zu tun. Die Kapitalausstattung habe sich ja negativ entwickelt, weil die frühere Landesregierung offensichtlich nicht genügend Sorgfalt darauf verwandt habe.

Volkmar Klein (CDU) bittet zu bestätigen, dass die jetzige Kreditermächtigung ausschließlich für zusätzliche Investitionen des BLB verwandt werden solle, während die Operation im vergangenen Jahr darin begründet gewesen sei, die Kapitalvernichtung beim BLB und die schattenhafte Refinanzierung des Landes zu korrigieren.

Gisela Walsken (SPD) legt Wert auf die Feststellung, dass nach § 10 des BLB-Gesetzes Kreditermächtigungen an den BLB ausschließlich für eigenfinanzierte Investitionen verwandt werden dürften. Das sei nichts Besonderes; die frühere Landesregierung habe das immer so gemacht.

Sie habe nur wissen wollen, warum die Landesregierung jetzt zulasse, dass sich der BLB wieder verschulde, obwohl sie wenige Wochen zuvor erklärt habe, dass der BLB komplett entschuldet werden müsse.

In Zusammenhang damit habe sie eine weitere Frage zum Thema Mieten und Pachten. Ihre Fraktion habe die Ansätze der entsprechenden Titel in den Einzelplänen zusammengerechnet und festgestellt, dass die Steigerung bei den Mieten und Pachten erheblich höher sei, als sie sich aus der Indexierung der Mieten, wie bei der Klausurtagung in Köln besprochen, ergäbe. Sie bitte deshalb, den Grund für den Anstieg von 594,5 auf 624,3 Millionen € im Haushaltsentwurf 2006 zu erläutern.

Minister Dr. Helmut Linssen (FM) betont noch einmal, der BLB brauche für eigenfinanzierte Investitionen eine Kreditermächtigung, sonst könne er den Betrieb einstellen. Die im Jahre 2005 vorgenommene Entschuldung habe damit nichts zu tun. Er habe auch nie von einer vollständigen Entschuldung des BLB gesprochen, sondern es seien 613 Millionen € eingestellt worden, damit der BLB aus den ersparten Zinsen Brandschutz- und andere Maßnahmen durchführen könne.

Die Steigerung des Ansatzes für Mieten und Pachten ist nach Angaben von **MDgt Dr. Günter Berg (FM)** zum einen auf die Indexierung zurückzuführen. Der Hauptgrund sei aber, dass neuere Maßnahmen, insbesondere im Hochschulbereich, fertig gestellt worden seien, für die der BLB dann Mieten einnehme.

Thomas Eiskirch (SPD) stellt fest, jetzt sei der Ausschuss genauso schlau wie bei der Klausurtagung in Köln. Die Differenz zwischen dem Ansatz 2006 und dem Ansatz 2005 mache rund 30 Millionen €, also ungefähr 10 % aus. Er bitte um eine Zusammenstellung, aus der die Steigerung bei den Mieten und Pachten nachvollzogen werden könne. - **Gisela Walsken (SPD)** bittet, kurzfristig darüber informiert zu werden. - **Minister Dr. Helmut Linssen (FM)** sagt eine schriftliche Unterrichtung zu.

Landesbetrieb Straßenbau NRW

Vorlage 14/78

Gisela Walsken (SPD) wüsste gern, wie die erhebliche Differenz bei den Erlösen zwischen dem Wirtschaftsplan 2006 und den Haushaltszahlen zustande komme.

RAng Stefan Kürten (MBV) bestätigt, dass es eine Differenz von 378.600 € gebe, die den finanzwirtschaftlichen Effekt von Stellenverlagerungen Ende 2005 darstellten. Diese Veränderungen seien mittlerweile überall berücksichtigt; aus zeitlichen Gründen sei es aber nicht möglich gewesen, die geänderte Zahl schon in den Wirtschaftsplan aufzunehmen. Dafür bitte er um Nachsicht.

Auf die weitere Bitte von **Gisela Walsken (SPD)**, den Ansatz von 330.000 € für sonstige Steuern im Wirtschaftsplan 2006 zu erläutern, führt **RAng Stefan Kürten (MBV)**

aus, es handele sich dabei fast ausschließlich um Grundsteuern. Im Jahre 2004 seien dafür 90.000 und im Jahre 2005 117.000 € aufgewendet worden. Im Jahre 2006 gebe es in diesem Ansatz eine kleine Verwerfung aufgrund der sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Das sei inzwischen bereinigt.

Gisela Walsken (SPD) möchte weiter wissen, ob die mit der Konzentration auf den Standort Gelsenkirchen beabsichtigten Einsparungen erzielt worden seien und wie diese im Wirtschafts- bzw. Stellenplan abgebildet würden.

RAng Stefan Kürten (MBV) antwortet, der Landesbetrieb Straßenbau habe in den vergangenen Jahren im großen Umfang Einsparungen zu erbringen gehabt, beispielsweise durch die globalen Minderausgaben, durch die Arbeitszeitverlängerung bei den Beamten und den von der neuen Regierung beschlossenen 1,5-prozentigen Stellenabbau. Diese Anstrengungen hätten sowohl beim Material- wie auch beim Personalaufwand zu greifbaren Einsparungen geführt. Die Einsparungen durch die Zusammenlegung seien beim Mietaufwand erkennbar; der Unterschied gegenüber dem Vorjahr betrage 0,4 Millionen €. Die Personaleinsparungen ergäben sich mittelfristig durch die Fluktuation. Grundsätzlich seien die beim Landesbetrieb erzielten Einsparungen aber nicht monokausal, sondern schwer separierbar.

Ob denn eine Größenordnung genannt werden könne, die die Konzentration auf einen Standort gebracht habe, fragt **Gisela Walsken (SPD)** nach. - **RAng Stefan Kürten (MBV)** kann nur die jährliche Einsparung von 400.000 € bei den Mieten und Pachten nennen. Beim Personalaufwand gebe es so viele Einsparüberlegungen, dass nur sehr schwer dargestellt werden könne, was auf die Zusammenlegung zurückzuführen sei.

d) Zweiter Beratungsdurchgang aller Einzelpläne - in Verbindung mit der Auswertung der Berichterstattergespräche

Vorlagen 14/321 bis 14/336 - Ergebnisvermerke der Berichterstattergespräche

Vorlagen 14/305, 14/317, 14/359, 14/361 und 14/364

Der **Ausschuss** kommt überein, auf einen Aufruf der Einzelpläne zur Beratung heute zu verzichten.

Harald Schartau (SPD) macht darauf aufmerksam, dass zum Einzelplan 13 eine Stellungnahme der Präsidentin des Landesrechnungshofs vorliege, die zu bedenken gegeben habe, dass die vorgesehene 1,5-prozentige Personalkürzung in den nächsten Jahren die Personaldecke so zusammenschrumpfen lasse, dass der Landesrechnungshof mit seinen Prüfaufträgen unter Umständen nicht mehr klarkommen könne.

Ihn interessiere, ob der Vorschlag der Präsidentin, die 1,5-prozentigen Personaleinsparungen ähnlich wie in den Bereichen Schule und Finanzen nur bei der Verwaltung zu erbringen, bei der Landesregierung auf Gegenliebe stoße oder ob sie verantworten könne, die Prüfungsmöglichkeiten des Landesrechnungshofs zu reduzieren.

Minister Dr. Helmut Linssen (FM) stellt fest, es bleibe für 2006 bei der vorgesehenen Kürzung. Die Landesregierung sei gerne bereit, mit der Präsidentin des Landesrechnungshofs in Kürze ein Gespräch über die weiteren Maßnahmen in den nächsten Jahren zu führen. Für 2006 halte die Landesregierung die Kürzung auf jeden Fall für berechtigt.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) wüsste gerne, ob das auch die Auffassung der Regierungsfaktionen sei und ob davon ausgehen könne, dass die Kürzung beim Landesrechnungshof so umgesetzt werde. - Er meine, dass das nicht nur aus Demokratiegesichtspunkten, sondern auch im Hinblick auf die Personalsituation des Landes kontraproduktiv sei. Seine Fraktion werde das aufgreifen.

Volkmar Klein (CDU) stellt klar, wenn seine Fraktion sich heute nicht dazu äußere, brauche niemand daraus irgendwelche Schlüsse zu ziehen. Die CDU-Fraktion werde wie angekündigt erst die Einzelheiten beraten und Änderungsanträge Ende April vorlegen.

2 **Nordrhein-Westfalen erhält das modernste Bildungssystem Deutschlands - Novellierung des Schulgesetzes unverzichtbar**

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP
Drucksache 14/1024

In Verbindung damit:

Den Weg frei machen für ein wirklich modernes und international anschlussfähiges Schulsystem in NRW - das Eckpunktepapier der Landesregierung unverzüglich zurückziehen!

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1031

Vorsitzende Anke Brunn teilt mit, beide Anträge seien an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung - federführend - sowie unter anderem an den HFA zur Mitberatung überwiesen worden. Die Frist für den Beratungsabschluss laufe heute ab.

Der **Ausschuss** empfiehlt ohne Diskussion mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, dem Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP Drucksache 14/1024 zuzustimmen.

Mit demselben Stimmenverhältnis empfiehlt er, den Antrag der Fraktion der Grünen Drucksache 14/1031 abzulehnen.